

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

28 (3.2.1921)



# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.- M. einsch. 50 A Postgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abzügen 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.50 M. — ohne Ausgabe- u. Postgebühr monatlich 2.50 M. Ausgabe: Freitag mittags Geschäftsstelle und Redaktion: Postfach 24 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 491 Anzeigen: Die Kwatrage Kolonialzeitung 1.- M. Die Reichszeitung 2.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif — Annahmestunde 10 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Die Stimme des Volkes im Reichstag

Regierungsparteien, Sozialdemokraten und Deutschnationale einmütig in der Ablehnung — Die Pariser Forderungen unmöglich und undiskutierbar

Gestern hat im Reichstage das Volk gesprochen. Die deutschen Vertreter des deutschen Volkes haben ihr Veto eingelegt gegen den Vorschlag eines übermäßigen Entente-Kapitalismus. Die Erklärungen, die Abg. Schiffer (Zem.) für die Parteien der Regierung (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Partei, Bayerische Volkspartei und bayerischer Bauernbund) abgab, sowie die Erklärungen des sozialdemokratischen Redners, sowie des deutschnationalen Redners, stellten mit absoluter Einmütigkeit und mit Entschlossenheit die Stimmung fest, mit der die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes den gegenwärtigen Forderungen entgegentritt.

Es ist zu hoffen, daß diese eindrucksvolle Kundgebung, mit der sich die übergroße Mehrheit des Volkes hinter seine Regierung stellt, die übertriebene Beachtung im Ausland findet. Nehmet Vernunft an! Ihr spielt mit dem Feuer! Ein großes Volk in dieser Weise dauernd verblöden zu wollen bedeutet den Untergang Europas.

### Sitzungsbericht

Berlin, 2. Februar.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Lehmann, Reichsminister des Innern Dr. Simon, sowie die anderen Mitglieder des Reichskabinetts. — Sitzungsraum und Tribünen sind stark besetzt.

Präsident Löbe eröffnet 1/2 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand die Besprechung der Erklärung der Regierung.

Abg. Schiffer (Zem.): Namens der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die unten vorgelegten Noten enthalten Zurechnungen, die weder mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, noch mit der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes vereinbar sind. (Lebhafte Beifälle.) Mit Schmerz und Empörung, aber auch in vollem Bewußtsein unserer durch den fürchterlichen Ernst der Sachlage gebotenen Verantwortlichkeit erheben wir feierlich den Widerspruch gegen den Mißbrauch der Gewalt. Die Erklärungen des Herrn Reichsministers des Innern billigen wir. (Lebhafter Beifall.) An der Entschließungsfrage wollen wir die von uns übernommenen Verpflichtungen im Geiste loyaler Auslegung ausführen. Aus dem gleichen Geiste löyaler Auslegung heraus legen wir aber Verwahrung ein gegen jene Entschließungen, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag verstoßen oder die in ihm gezogenen Grenzen zu unseren Ungunsten überschreiten. (Sehr richtig!) Die Verantwortung dafür, daß durch diese weitgehende Schwächung auch die Widerstandskraft gegen die von außen und innen drohenden Gefahren des Bolschewismus gelähmt wird, trifft die Allierten. (Sehr richtig!) Die Vorschläge, die uns die Alliierten unter Abänderung des Vertrages vorgelegt haben — darüber dürfen wir keinen Zweifel lassen — sind für uns unannehmbar und nicht geeignet, die Grundlage für Verhandlungen zu bilden. Sie würden nicht die Gesundheit des deutschen Volkes herbeiführen, sondern die wirtschaftliche und politische Verelendung des deutschen Volkes nach sich ziehen. Durch ihre Rückwirkungen, die sie in ökonomischer und finanzieller Beziehung auf alle anderen Völker ausüben, würden sie auch diese in unseren Untergang verwickeln. Das deutsche Volk würde als Abnehmer und Verbraucher aus der Weltwirtschaft ausgeschieden. Aus dieser Lage andere Wege zu weisen, die die deutsche Leistungsfähigkeit nicht vernichten, ist die Pflicht der Reichsregierung. Möge es ihr gelingen, auf der Grundlage entsprechender Vorschläge, eine Einigung zu erzielen, die die Welt fruchtbarer Arbeit zuführt. Die Regierung wird uns an ihrer Seite sehen, wenn ihre Vorschläge abgelehnt werden und die Entente an ihren Forderungen festhält, die die Vernichtung des deutschen Volkes in Gegenwart und Zukunft bedeuten.

### Abg. Müller-Franken (Soz.)

Ich habe im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die sozialdemokratische Fraktion stimmt den Ausführungen des Reichsministers des Innern über die Unausführbarkeit der Pariser Beschlüsse zu (Lebhafte Beifälle). Eine deutsche Regierung, die bereit wäre diese Vorschläge für ausföhrbar zu erklären, wird sich nicht finden (Lebhafte Beifälle). Sie würde das Vertrauen des Inlandes wie auch des Auslandes verlieren, denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen (Lebhafte Beifälle, Sehr richtig!). Die fraglichen 42 Jahreszahlungen würden die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes um ein Vielfaches übersteigen. Die Forderung einer 12 %igen Abgabe von der gesamten Ausfuhr ebenso wie der auf 42 Jahre berechnete Tilgungssystem stehen im Widerspruch zu dem vom Vertrage von Versailles festgesetzten Modus von 30 Jahren. Die Ausfuhrabgabe würde einen Anreiz für die ganze Welt, auf dem deutschen Markt teurer zu kaufen, bedeuten, ferner eine Herabdrückung der Lebensverhältnisse und die Verelendung der deutschen Arbeiterschaft. Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsanleihen und des deutschen Postsystems würde der Wirtschaft nicht nur in Deutschland sondern in der ganzen Welt eine unvertäglich

Zwangsjade anlegen (Sehr richtig!). Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion richtet an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, die unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiterinteressen das Wiedergutmachungsproblem einer praktischen, für alle Welt annehmbaren Lösung entgegenführen (Lebhafte Beifälle). Die Entschließung Deutschlands ist schon soweit abgelehnt, daß auch für die anderen Länder der Welt kein Anlaß mehr besteht, die schweren Rüstungslasten weiter zu tragen, die sie jetzt bedrücken. Nur die Gesamtentwaffnung wird den Frieden der Welt sichern und die Voraussetzungen des mächtigen Arbeiterbundes schaffen, der das Ziel der sozialistischen Arbeiterklasse für den ganzen Welt ist (Lebhafte Beifälle bei den Sozialdemokraten).

Abg. Herst (D.N.) teilt als Stellung seiner Parteireunde von der Deutschnationalen Volkspartei mit: Wir sind durchdrungen von dem großen Ernst der Lage, der durch die Noten der Ententeeregierungen geschaffen ist. Für uns heißt es gegenüber diesen Zumutungen nur: Annehmbare! (Beifall.) Bei den Ausführungen des Reichsministers des Innern in der Entwaffnungsfrage hätten wir eine klarere Stellungnahme und einen entschiedeneren Ton gewünscht. (Beifall red.) Die Not der Zeit hat uns gezwungen, im Interesse der Erhaltung der Verhandlungen der Bestimmungen des Friedensvertrages zu verlegen. Auch die Entente hat sich bisher dieser Rücksicht auf die Volkslage nicht verschließen können. Ist die Entente nicht nur alle Rücksicht auf diese Not fallen, sondern geht in ihren Forderungen über den Frieden von Versailles hinaus und mutet uns ohne jede Vernunft, und Reichsgründe weitere Einschränkungen unserer Wirtschaft zu. In der Frage der Reparationen stimmen wir den tatsächlichen Ausführungen des Reichsministers zu. Die Folgen der Annahme der sogenannten Propositoren der Entente wäre die dauernde Verelendung des deutschen Volkes. Diese Vorschläge müssen daher zurückgewiesen werden und dürfen in keiner Weise als Grundlage oder auch nur als Anhaltspunkt zu Verhandlungen dienen. Die uns angebotenen Entschuldigungen gehen noch über die im Versailler Vertrag festgesetzten Maßnahmen hinaus. Wir erheben gegen diese überredend-widrigen, jedem Rechtsgefühl widersprechenden Maßnahmen entschieden und feierlichen Einspruch. (Beifall.) Will uns die Entente ihre Forderungen mit Gewaltmitteln aufzwingen, so werden wir sie mit eigenen Händen den Vertrag und (mit erhoben r Stimme) das auch für uns! (Lebhafte Beifälle red.) Wir sind bereit, hinter diese Regierung uns zu stellen, die gewillt ist, diesen neuen unerhörten Verengungsversuchen mit Entschlossenheit entgegenzutreten. (Beifall.) Redner fügt im Auftrage seiner Fraktion der Erklärung noch einige Bemerkungen an: Das deutsche Volk will lieber ein Ende mit Schrecken als einen Schrecken ohne Ende. (Beifall red.) Wenn diese Stimmung hier herrscht, nicht so zum Ausdruck kommen konnte, so ist es heute Pflicht der Abgeordneten, der Erfüllung des Volkes ihre Stimme zu leihen. Die Gegner müssen wissen, daß über diese uns selbst gezogenen Grenzen hinaus ein Befolgen diktiert Forderungen nicht in Betracht kommen kann.

Abg. Lechner (U.S.) polemisiert zunächst gegen die Rechte, die die Schuld an allem trage. Die Ententeforderungen hätten eine gewisse Berechtigung mit Ausnahme des Passus über die Aufständigenkämpfer, da hier wirtschaftliche Interessen in Frage kommen. Redner bezieht sich dann über die imperialistischen Forderungen der Rechten, die eine Entschädigung von 200 Milliarden und 150 Milliarden für die Verbündeten vorsehen, was bei dem jetzigen Geldstande also etwa 400 bis 500 Milliarden Goldmark ausmachen würde. Demgegenüber erscheinen die Ententeforderungen verhältnißlos. Das Ziel, die Ausbeutung der Arbeiter durch die imperialistischen Kapitalisten zu vermeiden, läßt sich nur durch den internationalen Zusammenhalt der Arbeiter schaffen. Weil wir unsere Arbeitskräfte in den Ententeländern in dem Verstande gegen die imperialistischen Regierung ihrer Länder unterstützen müssen, dürfen wir nicht eine nationalstolische Welle aufkommen lassen. Die Rechte nicht mit der Unterstützung nationalstolischer Interessen nur den Ententeimperialisten. (Beifall bei den U.S.)

Abg. Levi (Komm.): Die Erklärungen der Regierungsparteien stehen im Widerspruch zu den Erklärungen des Kabinetts. Sie werden durch diese Erklärungen der Entente nicht imponieren auch nicht mit der Erklärung des Abg. Müller-Franken. Mit ihren jetzigen Mitteln kann die Regierung nichts gegen die Entente ausrichten. Nur eines gibt es, was die große Weltentende herbeiführen kann: Sowjetrußland! Sowjetrußland ist die einzige Macht der Welt, die sich dem imperialistischen Ententeimperialismus nicht beugt hat. Die deutsche Regierung hat die große Bedeutung dieser Machtverhältnisse noch nicht erkannt. (Beifälle bei den Mehrheitsparteiern.)

Damit schließt die Besprechung. Präsident Löbe knüpft daran eine Interzede, in der er äußert: Wären die Gegner auf das Wort des Reichstages hören, damit ihnen und uns die Lasten erspart blieben, die eintreten können beim Versäumnis einer gewissen Durchführung dieser unzumutbaren Forderungen. (Lebhafte Beifälle.) Die Forderungen entsprechen vielleiht dem nahen Glaube, daß die Arbeitskraft des deutschen Volkes unermesslich bleibe auch bei den größten Drangsalierungen. Das aber, was der Fremde im gut verordneten lokale findet, ist nicht das deutsche Volk. Da, wo von 600 Gemeindefiskalern 400 sein Vermögen aufweisen, wo die Arbeiter bunenden Kindern kein Brot mehr ab zu kann, da zeigt sich das Elend des deutschen Volkes. Das deutsche Volk hat seine warnende Stimme erhoben. Wird es überhört, dann treffen die Folgen nicht nur uns, sondern auch die Welt und auch die, die sie hervorgerufen haben. (Lebhafte Beifälle im Saale und bei den Tribünen.)

Die Abg. Gröbner, Dr. Levi, Adolf Hoffmann und Lechner erklären unter dem lebhaften Widerspruch der Mehrheit, der Präsident sei nicht berechtigt gewesen, in die Debatte einzugreifen. Die Abg. Müller-Franken und Trübner erklären dagegen, der Präsident habe nicht die Geschäftsordnung verletzt, sondern er habe damit der Mehrheit des Volkes aus dem Herzen gesprochen. Kom Saule und den Tribünen wird diese Erklärung von lautem Beifall begleitet. (Eine Gegenerklärung des Abg. Adolf Hoffmann wird durch schallendes Gelächter.)

Die Verlesung der bereits in der Presse veröffentlichten Entschließung des Bayerischen Landtags gegen die Entente-forderungen wird mit großem Beifall aufgenommen.

In dritter Lesung wird der

### Notetat für 1920

ohne Erörterung erledigt. Es folgt die zweite Beratung des Reichshaushalts beim Titel „Reichsminister“. Der Titel wird genehmigt mit den dazu gestellten Anträgen. Die Änderung der Militärgerichtsordnung wird gegen die Linke abgelehnt.

Angenommen wird die Anregung, ein Verzeichnis der bestehenden Klassen anzufertigen. Der entsprechende Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt. Der Antrag Brüninghaus auf die Vermehrung der Hauptleute wird mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Linke angenommen, desgleichen der Antrag auf Erhöhung der Schlussumme des Kapitels 4 auf 21 Millionen Mark. Der unabh. Antrag auf Streichung des Postens für Sportbetätigung wird abgelehnt.

Beim Titel „Marinewesen“ wird der gemeinsame Antrag Brüninghaus auf Vermehrung der Kapitulantenstellen angenommen. Ebenfalls angenommen wird der Antrag Müller-Franken (Soz.) auf Einführung kaufmännischer Buchführung in Wilhelmshaven. Der kleine Kreuzer wird gegen die Linke und einzelne Demokraten bewilligt und der Titel genehmigt. Das Gesetz über die

### Ubergangswirtschaft

wird bei Zweidrittel-Anwesenheit der Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage über die Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung. Abg. Giebel begründet den Antrag Müller-Franken, monad

Mobilbilanz, Inventuren, Kontokorrentauszüge, Abschreibungen und Habitationskosten den Betriebsräten vorzulegen sind, ein Antrag, der bereits im Ausschuss abgelehnt worden ist. Nachdem der

Abg. Most (D.S.) Bericht über die Ausschussverhandlung erstattet hat, beauftragt der

Abg. Dr. Löwenstein (U.S.), daß das Verhalten des Reichswirtschaftsrates wie der Regierung in dieser Frage das größte Mißtrauen der Arbeitnehmerschaft hervorgerufen habe. Der Entwurf erscheine in keiner Weise ausreichend. Seine Partei habe daher einen Änderungsantrag formuliert, der den Wünschen der Arbeiterschaft besser entspreche.

Abg. Düwcl (Komm.): Der Entwurf entspricht nicht dem Gedanken, die Freiheit des wirtschaftlichen Schaffens zu schützen. Alle Ansätze zu einer gesunden Fortentwicklung sind bei den Tagen der Nationalversammlung wieder verschwunden. Es hieße den Arbeiter betrügen, wenn man ihm die Möglichkeit vorzieht, auf gewöhnlichem Wege etwas zu erreichen. Sonst würden die Arbeiter die Machtverhältnisse außerhalb des Parlaments entscheiden lassen.

Abg. Scharf (Zentr.) steht auf dem entgegengesetzten Standpunkte. Betriebsgeheimnisse, die für den Bestand des Geschäftes von Wert sind, dürfen nicht preisgegeben werden, wie das der sozialdemokratische und der unabhängige Antrag beinhalten. Der gemeinsame Antrag der bürgerlichen Parteien will, daß die Ausfuhrerteilung sich auf die Unterlagen der Bilanzunterlagen werde nicht beziehen.

Damit schließt die Beratung. Der unabhängige Antrag wird gegen die Linke abgelehnt und der § 1 in der Ausschussfassung angenommen. Auch zu § 1a werden der unabhängige und der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, die bürgerlichen Anträge einstimmig angenommen. Der Rest des Gesetzes wird nach den Beschlüssen des Ausschusses genehmigt.

Es folgt der Ausschussbericht für die Geschäftsordnung, in dem beantragt wird, die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Eichhorn, Tauber und Ernst zu verweigern. Das Haus beschließt gemäß dem Antrag des Ausschusses, den Ausschuss zu veranlassen.

Dann bezieht das Haus die Konstituierung eines Ausschusses zur Untersuchung der gegen den Ernährungsminister Dr. Hermes erhobenen Vorwürfe.

Nächste Sitzung morgen mittags 1 Uhr: Begehret, Wehrsteuer, kleinere Vorlagen. — Schluß 5 Uhr.

Aus den Ausschüssen des Reichstages. Der Hauptauschuss des Reichstages verabschiedete heute den Etat des Reichsfinanzministeriums. Dabei wurde mitgeteilt daß zur Zeit 50 A-Stücke aus Aluminium geprägt würden 10 A-Stücke aus Zink und 5 A-Stücke aus Eisen. Aus dem Lohnabzug wird ein Jahresbetrag von 8 bis 7 Milliarden erwartet an Einkommensteuern sei ein Jahresbetrag bis zu 12 Milliarden eingestellt. Schließlich wurde der Etat des Rechnungshofs der Reichsschuldenverwaltung genehmigt. — Der Steuerausschuss des Reichstages konnte sich über das Veranlagungsverfahren nicht einigen und ging auseinander, ohne zu irgend welchen Resultaten gekommen zu sein.

Vertical text on the left margin containing various notices and advertisements.



# Der Militarismus nach dem Weltkrieg

Dr. Erik Rager, Wien.

Man hätte erwarten sollen, daß nach dem unerhörten militärischen Kraftaufwand des Weltkrieges allenthalben eine automatische Reaktion gegen den Militarismus einsetzt. In Wahrheit ist aber das Budget aller Staaten der Welt derzeit prozentual noch mehr durch militärische Lasten bedrückt, als es vor 1914 der Fall war.

Es scheint, daß der Militarismus eben zu jenen schweren moralischen Epidemien der Menschheit gehört, die, nachdem sie einmal akut waren, nicht plötzlich verschwinden, sondern als endemische Seuchen noch lange fortdauern und erst langsam und allmählich verschwinden. Wohl haben sich die großen westlichen Gemeinwesen Amerika und England nimmere — wie auch kein Kenner der anglosächsischen Rasse anders voraussehen konnte — nimmere wieder von der allgemeinen Wehrpflicht abgesetzt. Wohl hat das Vltat der Allierten den Zentralmächten die Abschaffung der Massenwehre und des Dienstzwanges zur Pflicht gemacht. Trotz alledem, trotz dieser beiden bedeutsamen Tatsachen, von denen man meinen sollte, daß sie geeignet wären, schon allein der Entwicklung der Menschheit neue Bahnen zu weisen, hat das Antlitz der Erde keineswegs friedliche Züge angenommen. Die Idee der Gewalt, das Vorkommen der Machtpolitik ist und bleibt Krampf, und es mag eine volle Generation der Menschheit vorüberziehen, bis hier eine entscheidende Wendung zu erwarten steht. Dabei muß gesagt werden, daß es nicht nur die Züchtung der brutalen Instinkte durch den Krieg, sondern ebenso die verderblichen psychologischen Wirkungen des Gewaltfriedens sind, die die Allierten den Zentralmächten diktiert haben, die dem Absterben der machtpolitischen Geistesrichtung hemmend im Wege stehen.

Der Frieden, der zustande gekommen ist, birgt, weit entfernt davon, der ideale Zustand der Gerechtigkeit und der Zufriedenheit zu sein, so viel Gefahrenmomente in sich, daß die Abrüstung in Wahrheit noch nirgends begonnen hat. Wurde doch etwa ein Jahr nach dem Waffenstillstand berechnet, daß noch an 38 Stellen des Erdballs Krieg geführt werde. Mag auch diese Angabe phantastisch klingen und mag insbesondere auf dem russischen Kontinent, wenigstens derzeit, Waffenruhe herrschen, so muß doch gesagt werden, daß eine Reihe von unerträglich Bestimmungen des Friedensvertrages die zivilisierte Welt mit politischem Zündstoff für Jahrzehnte versorgt habe.

Kun, die vor einigen Monaten abgehaltene Brüsseler Finanzkonferenz hat die Feststellung gemacht, daß derzeit noch immer 20 Prozent des Ausgabenstandes der wichtigsten Staaten der Welt militärischen Zwecken gewidmet sind. Unabhängig davon wurden nun statistische Berechnungen über das Verhältnis des machtpolitischen zum Gesamtaufwand im Budget der wichtigsten Staaten von einer amtlichen Stelle der österreichischen Republik vorgenommen, deren Ergebnisse wir im folgenden mitteilen wollen.

Es verhält sich mit der Verteilung der Rüstungslasten so, daß diese vor allem den Etat der Siegerstaaten bedrücken. So weist Frankreich bei einem Gesamtbudget von 30 114 Millionen Franken einen Heeresetat von 5767 Millionen, d. h. 19,1 Prozent der Gesamtsumme auf; England gibt von 1187 Millionen Pfund Sterling 146 Millionen, d. h. 12,3 Prozent für Heereslasten aus. Dabei ist aber weder das indische Militärbudget noch sind die Marinekosten inbegriffen.

Es ist gar keine Frage, daß nun das Marinebudget fortwährend überall dort, wo es vorhanden ist, zur Errechnung des gesamten machtpolitischen Aufwandes auch dann heranzuziehen ist, wenn auf der Gegenseite reine Binnenstaaten, wie etwa die Tschechoslowakei, figurieren. Denn es soll eben dargestellt werden, welchen finanziellen Aufwand der betreffende Staat überhaupt für machtpolitische Zwecke treibt. Es scheint unzulässig, zu diesem Behufe nur etwa die Landarmeen eines Binnenstaates und auf der anderen Seite die Englands in Vergleich zu setzen, jenes Landes, dessen insulare Lage die Bedeutung des maritimen Aufwandes in allererste Linie rückt. Leider stehen uns nun aber nicht für alle Länder die Ziffern der Marinebudgets zu Gebote. Von England ist es in der Höhe von 84 Millionen Pfund Sterling bekannt, wodurch das Gesamtmilitärbudget von Großbritannien auf 230 Millionen Pfund Sterling, das sind 19,3 Prozent des Ausgabenstandes,

steigt. Wenn man nun auch zum französischen Heeresbudget das 250 Millionen Franken betragende Marinebudget hinzurechnet, so ergibt sich eine Gesamtsumme des französischen Militäraufwandes von 6147 Millionen Franken, das ist über 20 Prozent des staatlichen Aufwandes. Von den anderen Vergleichsstaaten stehen die Marineziffern nicht zur Verfügung.

Italien gibt von 24700 Millionen Lire 6588, das sind 26,7 Prozent, für sein Heer aus. Diese exorbitante Höhe des militärischen Aufwandes folgt allerdings aus der Eigentümlichkeit der budgetären Technik des römischen Finanzamtes, das die gesamten Verwaltungskosten der eroberten Gebiete dem Heeresetat aufweist. Allerdings wird man mit Recht annehmen haben, daß diese Einteilung deshalb nicht ohne jede innere Berechtigung erfolgte, weil es zum großen Teile ausgesprochene militärische Aufwendungen sein mögen, die in diesen neuen Grenzländern in Form von Befestigungen, Kasernenbauten usw. zu verzeichnen sind.

Die Tschechoslowakei verausgabt von 14 104 österreichischen Kronen 2988, das heißt, 21,2 Prozent für ihr Heer, das Kaiserreich SHS. von 866 Millionen Dinar 1120, das ist die gänglich aus der Art schlagende Prozentzahl von 22,2 für Heereszwecke. Jugoslawien schlägt damit — wenn man von Italiens besonderen Verhältnissen abläßt — den Rekord sämtlicher Staaten der Sieger- und Besiegtenseite.

Selbstverständlich finden sich aber auf der Seite der Besiegten militärische Aufwandsziffern, deren Höhe Staunen erregen muß. Dies gilt vor allem von Ungarn, das bei einem Ausgabenstand von 20210 Millionen ungarischen Kronen 4667 für sein Heer aufwendet, das sind 23,5 Prozent der Gesamtausgaben, also mehr als Frankreich und England diesen Bestimmungen widmet. Deutschland gibt von 92470 Millionen Mark 14500 Millionen Mark für die Reichswehr aus, was 4,8 Prozent ausmacht.

Und Oesterreich endlich gibt von 33 194 Millionen Kronen nicht mehr als 1039, das sind 3,1 Prozent der staatlichen Gesamtausgaben für sein Heer aus, entspricht also in dieser Beziehung durchaus der bescheidenen Rolle, in die es durch das Friedensdiktat und seine Armees verwickelt ist.

Das Eine steht angesichts dieser erschreckenden Ziffern fest, durch einen bloßen Appell an die Einsicht und Humanität der Regierenden — wie dies die alte pazifistische Richtung versucht hat — wird dieses organische Uebel des Militarismus nie aus der Welt geschafft werden. Dazu wird erst der Befreiung der stiefeligen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Imperialismus der führenden Staaten der Welt bedürfen. Dann erst wird sich der Abbau der ausschweifenden, unheilvollen militärischen Machtpolitik bewerkstelligen lassen.

## Es dämmer!

Am letzten Donnerstag abend sprach in einer Gewerkschaftsversammlung in Schwelheim Gewerkschaftssekretär Brümmel-Mannheim über die Sozialisierung. Nach einem objektiv gehaltenen Bericht der „Schwelinger Zeitung“ führte Brümmel in seinem Referat u. a. folgendes aus:

„Die Sozialisierung lasse sich nicht durch eine Handbewegung erreichen, sondern sie müsse planmäßig vor sich gehen. Die Volksozialisierung von Industrie und Landwirtschaft sei das unverrückbare Ziel des Sozialismus, aber eine Volksozialisierung im Augenblick, d. h. sofort Knall und Fall durchgeführt, wäre ein sehr gefährliches Experiment, für das Arbeiterführer, die es mit dem Wohle der Arbeiter ernst nehmen, die Verantwortung nicht übernehmen könnten. Nicht einmal Rußland habe heute, wie der Redner an Hand von eigenen Mitteilungen der Volkswissenschaften auch nachwies, die Volksozialisierung. Noch viel weniger könne dies heute in Deutschland plöglich der Fall sein, das ein Industriestaat sei; ein Land, das vom Export lebe und diesen Verhältnissen unter allen Umständen Rechnung tragen müsse, wenn die Sozialisierung zum Segen des Volkes gereichen sollte. Eine Hauptbedingung für die Volksozialisierung sei es jedoch auch, daß die Arbeiterklasse reif für die Sozialisierung sei, daß der Geist sozialisiert sei. Er dürfe es der Arbeiterklasse nicht verhehlen, daß, wenn sie einmal die Macht in den Händen habe, alle Kräfte angespannt werden müßten im Interesse der Allgemeinheit. Wir müßten uns dazu bequemen, länger als 8 Stunden zu arbeiten. Die Sozialisierung müsse bei der sogenannten Schwerindustrie, dem Bergbau (Kohle, Stahl, Erz), der Schwerindustrie, der Krafterzeugung, dem Bank- und Börsenwesen beginnen, alles andere würde organisch von selber nachfolgen.“

Mit Ausnahme der Behauptung über die längere Arbeitszeit können wir alles unterzeichnen. Aber wir kennen ja den Genossen Brümmel überdauert nicht mehr, der einmal unabhängiger badischer Militärinterfer war. So hat er vor einem Jahre nicht gebröckelt. Wenn damals ein Referent unserer Partei in einer Versammlung derartige vernünftige Gedanken äußerte, so würde er von Brümmel und seinem Anhang nur ausgelacht und niedergebrüllt worden sein. Es freut uns, daß Brümmel auch durch die Entwicklung gelernt hat. Soffentlich haben seine Gefinnungsfremde ebenso den Mut wie er, diese Dinge nicht nur zu denken, sondern sie auch den Massen zu sagen. Das wäre der beste Anfang zur Einigung des Proletariats.

## Levi vor dem Regenerat

Der Rüssel des russischen Exekutivkomitees

Der Führer der deutschen Kommunisten, der Reichstagsabgeordnete Dr. Levi, ist mit dem russischen Exekutivkomitee in einen schweren Konflikt geraten, da er sich in der „Roten Fahne“ eine Kritik an dem Verhalten des Exekutivkomitees zur Spaltung der italienischen Sozialisten erlaubt hatte. Die „Freiheit“ ist in der Lage, den (geradezu würdelosen) Entschuldigungsbrief Dr. Levis an das Exekutivkomitee zu veröffentlichen. Darin unterwirft er sich ohne Einschränkung dem Unfehlbarkeitsdogma der kommunistischen Leitung Deutschlands und bittet um eine offene Antwort auf die Frage: „Soll das Exekutivkomitee oder ihre deutschen Vertreter meine Entsetzung vom Posten als Vorsitzender der Partei für nötig oder auch nur wünschenswert?“ Im übrigen stammelt Dr. Levi, um sich vor den russischen Anklägern zu rechtfertigen, folgende Verlegenheitsworte:

„Ich war am Abend vor meiner Abreise nach Italien bis 1 Uhr mit Ihnen zusammen. Wir waren damals in unserer Auffassung über Italien einig und zwar in der Auffassung, die ich vor wie nach dem italienischen Kongreß vertreten habe. Ich glaube, daß Sie sich dieser Tatsache entsinnen werden und möchte für den Fall, daß das nicht zutreffen sollte, in voraus bereits darauf hinweisen, daß Sie eben, weil unsere letzte Besprechung nicht im Einklang stand mit Informationen aus Moskau, die erst nach meiner Abreise eintamen, mit telegraphisch die neue Auffassung der Exekutive mitgeteilt haben.“

Danach ist Dr. Levi, wie der russische Inquisitionsgeist auch entscheiden mag, als Führer der deutschen Kommunisten erledigt. Mit gebrochenem Rückgrat kann man auch wenn man den glühenden Sowjetstern auf dem Rock trägt, nicht mehr die Masse führen.

## Eine schwedische Stimme zur französischen Politik

In „Evenska Dagbladet“ veröffentlicht Professor Gustav Cassel einen Aufsatz über die französische Politik. Er charakterisiert dieselbe als eine Politik, deren Hauptziel darin bestehe, die deutsche Industrie zu vernichten und dadurch Deutschland zu vollkommener und dauernder Ohnmacht zu verurteilen. Im Anschluß hieran kommt er auf die Frage der Kriegsschadigung zu sprechen und sagt seine Gedanken folgendermaßen zusammen:

„Die Kriegsschadigung hängt ja in Wirklichkeit davon ab, daß Deutschland aus seiner jehigen wirtschaftlichen Versumpfung herauskommt. Es ist fündisch, auf die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands hinzuwirken und zugleich eine fagenhafte Entschädigungsumme von diesem Lande zu erschöpfen. Was hat die ganze militärische Politik eigentlich für einen Sinn? Man antwortet hierauf, Frankreich müsse sich gegen deutsche Bedrohungen schützen. Keine Antwort kann mehr an unendlicher Hoffnungslosigkeit in sich schließen als diese. Wenn Frankreich jetzt, wo Deutschland vernichtet zu seinen Füßen liegt, bis an die Zähne gerüstet die deutsche Grenze besetzt halten muß, wie soll es dann in Zukunft gehen? Ist die Gefahr vielleicht geringer, wenn Deutschland nach einigen Generationen seine normale Kraft wiedergewonnen hat? Bildet man sich vielleicht ein, daß die Nachzügler nach einigen Jahrzehnten wirtschaftlicher Unterdrückung und physischer Ausbeutung kleiner sein wird? Nein, die einzige logische Konsequenz der jehigen Politik der französischen Militärischen ist die, daß sie in Unfähigkeit fortgesetzt werden muß.“

# Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert. (Fortsetzung.)

Eines Abends, als Leon nach Hause kam, fand er in seinem Zimmer eine schöne Dede aus Samt und Wolle, mit schönen Blumen auf dem matten Grunde bestickt. Er rief Herrn und Frau Homais, Justin, die Kinder, die Köchin und erzählte es sogar seinem Chef. Alle Welt wollte die Dede sehen. Warum machte wohl die Frau des Arztes dem Schreiber Geschenke? Das war doch auffällig und man hielt es nun für ganz klar, daß sie mit ihm „ein Verhältnis“ habe.

Man konnte aber auch nicht daran zweifeln, denn er sprach zu aller Welt von ihrer Schönheit und ihrem Geiste, so daß diese schon einmal ganz ärgerlich erwidert hatte: „Was geht das mich an? Ich gehöre nicht zu ihrer Gesellschaft!“ Leon zerbrach sich den Kopf, wie er ihr seine „Erklärung“ machen könne; da er aber noch immer zögerte, aus Furcht zurückgewiesen zu werden, sich auch seiner Schüchternheit schämte, so weinte er oft aus Verzweiflung und Sehnsucht. Dann fahle er endlich einen festen Entschluß. Er schrieb Briefe, die er wieder gerückt, setzte sich bestimmte Tage zum Ziel, das er immer wieder hinausgab. Oft machte er sich auf den Weg, um ihr alles zu gestehen; aber wenn er dann vor ihr stand, verlor er den Mut und war froh, wenn Karl ihn einlud, mit ihm zu einem Kranken zu fahren, und er Emma nach flüchtigem Gruße verlassen konnte. Immerhin, so tröstete er sich, war ja ihr Warte doch fast ein Eäid von ihr.

Emma selbst forschte nicht nach, ob sie Leon liebe. Sie glaubte, die Liebe müsse plötzlich kommen, wie ein Sturmweier, mit heftigen Entladungen. Sie müsse das Leben bis zum Grunde aufwühlen, den Willen mit fortziehen, wie der Sturm welle Blätter im Herbst, und das Herz in Abgründe stürzen. Sie wußte nicht, daß sich das Regenwasser auf den flachen Dächern der Häuser zu Seen ansammelt, wenn das Abflutrohr verstopft ist, und sie wäre wohl noch lange in dieser trügerischen Sicherheit verblieben, wenn sie nicht plötzlich eines Tages den gefährlichen Riß in der Mauer bemerkt hätte.

Es war an einem Sonntagnachmittag im Februar. Die ganze Gesellschaft, Herr und Frau Bovary, Homais und Herr Leon, waren hinausgegangen, um unten im Tal, eine halbe Meile vor Nonville, eine neuerbaute Leinwandspinnerei zu

besichtigen. Der Apotheker hatte Napoleon und Ahaba zu ihrer Bezeichnung mitgenommen und Justin trug die Schirme auf seiner Schulter.

Nichts konnte weniger sehenswert sein als diese Sehenswürdigkeit. Auf einem großen, wüsten Terrain, auf dem noch Sandhaufen und Ruinefragmente lagen, stand ein großes rechtliches Gebäude mit vielen kleinen Fenstern. Es war noch nicht fertig gebaut, und man sah noch den Himmel durch die Dachbalken. Oben auf dem Giebel stand ein kleiner Baum, dessen dreierfarbige Wänder im Wind wehten.

Homais redete. Er erklärte der Gesellschaft die zukünftige Bedeutung dieses Hauses, machte auf die Tragkraft der Balken und die Stärke der Mauern aufmerksam und behauptete lebhaft, daß er nicht, wie Herr Binet, einen Hohlstoll besitze.

Emma, der er den Arm gereicht hatte, lächelte ein wenig auf ihn und sah nach der Sonnenseite, die mark und glanzlos hinter dem Nebel stand. Sie wandte den Blick und sah Karl an, der seine Wäbe über die Stirn gezogen hatte, und dessen bide Rippen vor Frost hobten, wodurch sein Gesicht einen unbeschreiblich einfühligen Ausdruck bekam. Selbst sein Rücken, sein breiter, behäbiger Rücken, hatte für sie etwas Aufregendes und war ihr der Ausdruck von Karls ganzer platter Persönlichkeit.

So stand sie und empfand ihren Widerwillen mit geheimer Wollust, als Leon hinzutrat. Die Kälte hatte seine Wangen mit einer Blässe überzogen, die seinem Gesicht einen noch zarteren Ausdruck verlieh; zwischen dem Kragen und der Krawatte, die etwas nachlässig gebunden war, kam ein Stückchen der bloßen Haut zum Vorschein. Zwischen seinen Haarlochen sah man ein wenig von seinem Ohr, und die großen blauen Augen hatte er mit einem Ausdruck zu den Wolken erhoben, daß es Emma schien, sie seien schöner als klare Bergseen, in denen der Himmel sich spiegelt.

„Unglücklicher!“ lächelte hier plötzlich der Apotheker, und eilte schnell auf seinen Sohn zu, der in eine Kalkgrube gegangen war, um seine Entschloß schon weiß zu färben. Unter den heftigen Vorwürfen des Vaters fing Napoleon an zu heulen, und Justin versuchte, die Schube mit einem Strohwisch abzuwischen. Es ging aber nicht, und Karl bot sein Messer an.

Ol dachte Emma bei sich, er trägt ein Messer in der Tasche wie ein Bauer. Der Nebel fiel stärker, und man kehrte nach Nonville zurück. In diesem Abend ging Frau Bovary nicht zu den Nachbarn; als Karl sie verlassen hatte und sie allein war, drängte

sich ihr der Vergleich zwischen den beiden Männern mit unmittelbarer Klarheit auf. Wenn sie vom Bett aus in die Klammern des Kamins starrte, tauchte immer wieder das Bild Leons vor ihr auf, wie er da stand, in der einen Hand sein Spagierbüchlein, in der anderen Ahaba festhaltend, die an einem Stückchen Eis sog. Sie fand ihn entzückend, sie konnte sich von dem Bilde nicht losreißen. Sie erinnerte sich an andere Stellen aus früheren Tagen, an Worte, die er gesprochen, an den Klang seiner Stimme, an jede Einzelheit seiner Person. Und sie dachte immer wieder daran, die Lippen wie zum Kusse gerundet...

„Ja, er ist reizend, entzückend!... Ob er mich wohl liebt?“, fragte sie sich. „Wen sonst? ... er kann nur mich lieben!“ Sie fühlte plötzlich die Gewißheit seiner Liebe, und ihr Herz erbebte vor Glück. Die Klammern des Kamins warfen so frühlich tanzende Lichter auf die Dede. Sie warf sich auf den Rücken und breitete die Arme freudig aus.

„Aber dann kamen wieder die Zweifel und Fragen: „Wenn der Himmel es gemoll hätte! Warum kann nicht alles anders sein? ... Wer ist schuld daran?“

Als Karl um Mitternacht nach Hause kam, tat sie, als erwaude sie eben, und da er sich ziemlich geräuschvoll ausHerbede, lagte sie über Nigräne und fragte dann zu nebenher, wie denn der Abend verlaufen sei.

„Der Leon“, erwiderte er, „ist schon früh hinaufgegangen.“ Sie lächelte zufrieden und schloß ein, die Seele erfüllt von abnungselnem Entzücken.

Am nächsten Abend machte ihr der Modewarenhändler Aheureux, ein kluger Geschäftsmann, seinen Besuch. Er war von Geburt Gascogner, hatte sich aber schnell in die Art der Normannen gefunden und verband mit seiner südlichen Verbamkeit geschickt die Verchlagenheit der Bewohner von Gaur. Sein ausgebundenes, barillofes Gesicht hatte eine fahle Gaurfarbe, und das weiße Haar machte seine kleinen, schwarzen Augen noch glänzender. Man wußte nicht, was er früher gewesen war. Die einen sagten, er sei Haullerer gewesen, die anderen meinten, Bankier in Rouot. Fest stand jedenfalls, daß er eine fabelhafte Fähigkeit besaß, die schwierigsten Berechnungen im Kopf auszuführen, die selbst Binet in Erfahrenen fehlte. Höflich bis zur Friederei, ging er stets in gebogener Haltung, wie einet, der grüßt oder einladet.

(Fortsetzung folgt.)



Die übrige Welt Lust, diese Konsequenz zu unterschreiben. Hier gibt es nur eine Antwort. Und diese Antwort sollte Frankreich heute einstimmig von der ganzen Welt so deutlich gegeben werden, daß sie nicht mißverstanden werden kann: Die Welt wird etwas Derartiges nicht dulden. Es gibt eine andere Lösung. Diese besteht in einem wirklichen Bündnis, der die früheren Gegner zu ehrlicher Zusammenarbeit an der Wiederherstellung der Welt in sich einschließt.

## Badische Politik

### Die Wahl des Genossen Stadtrat Dr. Engler zum Arbeitsminister

Genosse Stadtrat Dr. Engler hat sich nunmehr bereit erklärt, das Amt des Arbeitsministers anzunehmen. Die Wahl wird in einer der nächsten Landtagsitzungen vorgenommen werden.

### Der deutschnationalen Abg. Mager und seine Geschäfte mit der Entente

Als kürzlich die badischen Wälder aus der Geschäftspraxis des deutschnationalen Abg. Mager-Heidelberg und seines Begleiters Sonnen einigermittelten, was nicht gerade den besten Eindruck bei der deutschnationalen Theorie machte, da war der Herr Abg. Mager mit seiner Schnelligkeit und Beredsamkeit zur Hand, ja selbst durch Erhebung einer Frage will er seinen deutschnationalen Ruf wieder herstellen. Der damalige Donner des Herrn Mager war ein Wiederholer, ein Klaff, der im Augenblick auch tatsächlich Wirkung hatte. Ob aber nun Herr Mager noch beredsam und fleißig ist, nachdem im Hauptauschuß des Reichstags seine Geschäfte mit der Entente an das Tageslicht gezogen wurden, möchten wir doch bezweifeln.

Die Persönlichkeit dieses Herrn wird das niederträchtige Verhalten seiner Partei im politischen Meinungsstreit lassen notwendig erscheinen, die Geschäftspraktiken dieses Erbschänders deutscher Art und deutschen Wesens aus dem Dunkel eines Sitzungsbereichs in eine etwas breitere Öffentlichkeit zu ziehen. Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt zu den „Geschäften“ des Herrn Landtagsabg. Mager folgendes:

Nach dem Friedensvertrag gingen die deutschen Flugmaschinen in die Verfügung der Entente über. Die Wiederherstellungskommission verkaufte diese Maschinen auf Abbruch um ein Zwanzigstel, meist an dunkle Schiebergruppen. Bei dieser Gelegenheit war Geld zu verdienen; betrug doch der Erlös aus dem Verkauf der Hallen, deren Abbruchwert von deutscher Seite 180 Millionen geschätzt war, nur etwa 40 Millionen Mark. Da waren viele Millionen von den Käufern der Hallen zu verdienen. Diese bequeme Gelegenheit, aus dem so sehr bewunderten militärischen Zusammenbruch Deutschlands und aus der so lärmend bekämpften Durchführung des Friedensvertrags etwas für die eigene Tasche zu retten, wollte sich dieser schwarzverworfene orientierte wadere Herr Mager durchaus nicht entgehen lassen. Ihm standen als Höherobjekte die Hallen in Billingen und Mannheim im Sinn. Im Reichshof hörte Herr Mager, daß die Wiederherstellungskommission die Entente die Verkaufsstelle für die eigentlichen Hallen sei. Im Reichshof aber das Verfügungsrecht über die Hallen sich anschließenden Wirtschafts- und Lagerstätten habe.

Nach einiger Zeit kam der biedere Deutschnationaler wieder und überprüfte das Reichshofamt mit der Mitteilung, daß er die Hallen samt den Anbauten von der Wiederherstellungskommission gekauft habe!

Dieser Patriot hatte also gemerkt, daß die deutsche Regierung einen Rechtsanspruch der Entente auf die Anbauten entdecken könnte. Ihm war bekannt, daß das Verfügungsrecht der Entente über diese Bauten ein angemessenes ist und nach Versicherung der Regierung auf einer Rechtsbeugung und einem Mißbrauch des Friedensvertrags beruht. Und dieser Herr Mager gehört — was besonders beachtlich ist — einer Partei an, die schon gegen die Erfüllung der tatsächlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag in unverantwortlicher Weise geht. Wenn die Ansprüche der Entente gar über das hinausgehen, wozu der Vertrag Deutschland zwingt, dann können die Flammen des deutschnationalen Rotrotengornes entzündet werden. Aber wie wunderbar! Das Feuer dieses heiligen Hornes erlischt sofort, wenn bei den Gemaltmaßregeln der Entente persönliche Vorteile für diese Sorte Patrioten herauskommen. Da machen sie sich keine Sorgen mehr um das bedrohte „Recht des Vaterlandes“. Da machen sie mit dem „nächsten Feind“ freundschaftlich lächelnd gemeinsame Sache. Da haben sie nichts gegen den Mißbrauch des Friedensvertrags.

Auf den erneuten Einwand des Reichshofamtes, die Entente könne die Anbauten der Flughallen ja gar nicht verkaufen, weil sie Deutschland gehören, hatte Patriot Mager nicht viel mehr als ein Achselzucken. Er bestand zunächst auf seinem ihm von der Entente verabsorgten Schein. Es kostete viel Mühe und bedurfte aller Schikanen, die das Reich als Käufer der Bahngleise und Zufuhrstraßen bei den Hallen anzuwenden vermochte, um dem Deutschnationalen die Freude an seinem faulernen Geschäft mit der Entente zu nehmen. Die Hallen sind schließlich nicht in seinem Besitz geblieben.

Und morgen wird der biedere Nationalist wieder aufrufen zum Kampf gegen den „räuberischen Feind“, denselben Feind, mit dem er eben Geschäfte gegen Deutschland gemacht wollte!

## Soziale Rundschau

Mannheim, 1. Febr. Die 70 Frauenvereine umfassender Organisation des Mannheimer Vereinsverbandes hielt einen Frauenkongress für Sittlichkeitsfragen ab, auf dem Dr. Dresel, Reichstagsabg., Paula Müller-Ottfried-Hannover, Reichstagsabg., Frau Dr. M. E. Köbers-Perlin, Polizeiauffseherin, Frau Mager-Allen und Landtagsabg. Frau Alara Siebert-Heidelberg die verschiedenen Sittlichkeitsfragen behandelten. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Abschaffung der Reglementierung der Prostitution verlangt wird. Die Umwandlung der polizeilichen Reglementierung in eine zureichende Maßnahmen verlangt wird. Bei den Gesundheitszuständen wird die allgemeine distrete Anzeigepflicht ein zur Verschwiegenheit verpflichtetes Gesundheitsamt gebildet. Das Gesetz dürfte keinesfalls den Charakter eines Strafgesetzes tragen. Schließlich wird die Einrichtung von Gesundheitsämtern unter weiblicher Leitung für die sittlich gefährdeten Frauen und Mädchen angeregt.

## Badischer Landtag

gr. Karlsruhe, 2. Februar.  
Fortsetzung der Unterrichtsdebatte  
16. öffentliche Sitzung

### Protest gegen die Entente-Bedingungen

Präsident Kay eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr und weist auf den niederschmetternden Eindruck hin, den die verflachten Bedingungen der Entente machen. Es entspricht unserer aller Meinung, wenn wir an dieser Stelle Protest einlegen gegen Bedingungen, deren Erfüllung dem deutschen Volke nie zugemutet werden kann. Wir stehen auch in dieser Hinsicht hinter der Regierung, die einmütig und mannhaft diese Bedingungen ablehnen wird. Einigkeit und Stolz muß uns hindern, uns selbst das Grab zu schaufeln! (Beifall.)

### Ein Zusammenstoß

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Marum (Soz.), daß neulich seitens des Präsidenten es gerügt wurde, als Abg. Nießlich (Soz.) eine Bemerkung als Anmaßung zurückwies, da der Ausdruck Anmaßung unparlamentarisch sei. Gestern habe der Präsident es aber nicht gerügt, als Abg. Dr. Schofer (Ztr.) in einem Zwischenruf eine Bemerkung des Abg. Dr. Kraus (Soz.) als Verleumdung bezeichnete.

Präsident Kay erklärt, der Ausdruck Anmaßung ist unparlamentarisch. Die Bemerkung des Abg. Dr. Schofer habe ich nicht gehört. Ich habe nunmehr das Stenogramm verlangt. Wenn der Ausdruck Verleumdung gefallen ist, dann ist er nicht parlamentarisch, wenn er subjektiv gemeint ist.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Ich habe den Zwischenruf gemacht und halte ihn auch jetzt noch aufrecht.

Präsident Kay: Der Ausdruck ist nicht parlamentarisch und ich rufe den Abg. Dr. Schofer zur Ordnung.

Abg. Marum: Es besteht natürlich Ursache stolz darauf zu sein.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Das tue ich für meinen Stand.

Abg. Marum (Soz.): Dann beklagen Sie sich auch nicht, wenn auch von uns scharfe Ausdrücke fallen.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Ich habe nicht angefangen.

### Fortsetzung der Unterrichtsdebatte

Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (D.M.): Gegen die Anforderungen des Unterrichts ist nichts zu sagen, wenn wir auch sonst unsere Bedenken äußern. Ebenso gut wie das Landbestreben können auch andere Theater Unternehmung verlangen. Da wir letzteres nicht können, so sind wir gegen jede Unternehmung. Ein Teil der badischen Wälder war eine Verirrung, die man nicht als badische Kunst hätte bezeichnen sollen. Die Religion gewährt dauernde und befruchtende Förderung der Kunst. Die kritische Stellung gegenüber dem neuen Staat ist nicht nur bei den Studenten, sondern auch bei anderen Schichten vorhanden. Man soll den Ursachen dieser Stimmung nachgehen (Zwischenruf: Der Krieg). Wir müssen den Universitäten helfen, wenn auch die Möglichkeiten sehr schwach sind. Von einer Erhöhung der Kollegiengebühren sollte man irgend möglich abgesehen werden. Die Verlegung des Schuljahres auf Ostern zu Ostern hat hartes Mißvergnügen erweckt. Eher sollte man dazu übergehen, den Schuljahresbeginn auf das Späthjahr zu verlegen. In dieser Frage ist das letzte Wort noch nicht gesprochen worden. Wir haben im letzten Jahr an zu viel Wissenschaft in der Schule gestiftet. Bezüglich der „Aufklärung“ in der Schule ist allerhöchste Sorgfalt anzunehmen. Eine Aufklärung medizinisch-physischer Art ist jedenfalls in der Schule gefährlich. Bei der Abfassung des Lehrbuchs ist darauf zu sehen, daß das Gemüt und der Wille in Anspruch genommen wird. Ich erwarte jedoch, daß im Lehrbuch auch etwas zu lesen ist vom Kaiser Nikolaus, vom alten Reich u. a. Wir müssen unser Volk religiös-sittlich und national festigen. In den höheren Lehranstalten werden wir zu einer Nationalisierung kommen. Erfreulich ist, daß in den Lehrplänen der Fortbildungsinstitute der Religionsunterricht aufgenommen wurde. Es scheint mir, daß wir mit unseren Volkshochschulen nicht auf dem richtigen Weg sind.

### Unterrichtsminister Hummel:

Zunächst danke ich unter Hinweis auf meine Mitarbeiter für die Anerkennung, die dem Ministerium in der Debatte bis zu einem gewissen Grade gezollt wurde; für die Kritik bin ich aber auch dankbar. Durch persönliche Gesuche an den Minister werden die Geschäfte nicht vereinfacht, sondern verlangsamt, da der ordnungsmäßige Gang über die Referenten führt. Durch die massenhaft grassierenden Eingaben in Berlin und sonstwo werden die Arbeitskräfte besonders der süddeutschen Regierungen stark in Anspruch genommen, ohne daß, abgesehen von den Kosten, vielfach etwas dabei herauskommt. Das Gehörwerden der Organisationen darf nicht so verstanden werden, daß man das tun muß, was sie diffizieren. Ein Mitbestimmungsrecht für das Unterrichtsministerium können nach der Verfassung nur Regierung und Landtag haben und ich bin nicht gewillt, weiter zu gehen. So lange wir nicht die Minderregierung haben, werden die Dinge so geordnet bleiben, wie sie sind. (Sehr richtig! in der Mitte). Es wäre manchmal besser gewesen, wir hätten weniger die Organisationen gefragt und uns rascher entschieden. Württemberg hat sich für den Osterbeginn der Schulen entschieden, ohne die Organisationen nur zu fragen. Wenn die Geschäfte nicht so reich vorwärts schritten als wünschenswert gewesen wäre, so sind daran die vielfachen notwendigen Besprechungen mit den Organisationen und der Reichsregierung und die technischen Verhältnisse schuld. Bei der ungeheuren technischen Verfassung des Ministeriums ist gar nicht daran zu denken, daß ein sozialdemokratischer Lehrer gemacht wird. Wir müssen die Lehrer bei einer Verlesung daher nehmen, wo einer ist und ihn dahin tun, wo einer nötig ist. Das badische Ministerium hat bei den Schulfragen gezeigt, daß es ihm nicht an der nötigen Initiative fehlt. Die großen Arbeiten müßten mit einem Beamtenapparat durchgeführt werden, der nicht viel größer ist als bei Schaffung des Ministeriums.

In Bezug auf Aufhebung der privaten Vorzeichen sind wir mit zwei Entschlüssen vorzugehen. Die wichtigste Wirkung der Grundschule war die Verlegung des Schuljahres auf den Osterbeginn. Ich bin auch hier geneigt, die Reichsgesetze durchzuführen und bin danach verfahren. Die frühere verfahrenartige Regelung des Schulbeginns in Deutschland führte zu großen Unzulänglichkeiten; besonders beim Ortswechsel der Eltern der Schüler. Das Bedürfnis zur Einheitlichkeit des Schulbeginns war deshalb allgemein anerkannt. So ganz unorbeneit standen wir den Dingen nicht gegenüber. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Schuljahresbeginn für die höheren Schulen zweckmäßig auf Herbst fällt. Es war jedoch um die Einheitlichkeit der Regelung für ganz Deutschland zu tun. Um dieses große Ziel halber erklärten wir uns dem Reichstagsbeschluss zu unterwerfen. Nachdem Württemberg auf dem Boden der preussischen Regelung getreten war, blieb uns gar nichts anderes mehr übrig als auf den Boden der preussischen Regelung zu treten. Es fand dann auch auf der Fachlehrer-Konferenz keinerlei Widerspruch gegen den Osterbeginn statt bis auf Bayern, das sich alsdann jedoch ebenfalls auf dieser Regelung bereit erklärte. Wenn ausgerechnet in der „Süddeutschen Zeitung“ die politische Verirrung jener Gruppe, von der wir meinen, daß sie hat nach Preußen graben, von uns behauptet, wir ließen uns wie beim Schuljahresbeginn „verpreußen“, so zeigt sich, daß nichts so schlecht ist, wie die Reaktion zu diffundieren.

## Das ganze Abkommen über den Schuljahresbeginn beruht auf einer freien Vereinbarung der Länder.

Über die Lehrerbildung erziehen wir eine Reihe von Bestimmungen. So schon im Februar 1920 über die Zulassung der Lehrer zum Hochschulstudium. Die tatsächliche Ueberfüllung des Lehrerberufs veranlaßt nach unserer Meinung ein Abflauen des Studiums. Der anschließende Erlaß über die Stellen ausfüllung wird demnächst herauskommen. Das kollegiale Prinzip in der Schulverwaltung muß zum Durchbruch kommen. Daß damit jedoch die Wahl der vorgelegten Beamten verbunden sein muß, möchte ich nicht behaupten. Weiter wurde geregelt die Frage der Selbstbetätigung der Schüler und ihre Beteiligung an der Schulverwaltung, wobei wir jedoch absichtlich die Einrichtung von Schülerräten unterließen. Ungünstiges ist uns über die Einrichtung bis jetzt nicht bekannt geworden. In dem Verlangen nach Selbstverwaltung der Schule kommt oft eine starke Ueberspannung des Selbstverwaltungsprinzips zur Geltung. Denn die Schule ist nicht nur Sache der Lehrer, sondern auch der Kinder und Eltern. Sie handelt es sich darum, den richtigen Ausgleich zu finden. In den Elternräten sehen wir ein reges Leben, wie beim Aufwerfen der Fragen des Schulkollegiums; doch ist ein abschließendes Urteil noch nicht möglich. Was die Interessen der Kirche und der Religion betrifft, so sind die Verhältnisse bei uns befriedigend geregelt. Wenn hier eine Beunruhigung eintrat, so geschah dies durch die Reichsgesetze. Wir waren jedoch besorgt, eine erträgliche Regelung herbeizuführen und wir denken nicht daran, am Religionsunterricht etwas zu ändern. Wünschenswert wäre es, wenn im Volksschullehrplan in Deutschland eine gewisse Vereinheitlichung herbeigeführt würde. Vor allem muß dabei ausgegangen werden von einer Vereinfachung des Lehrplans, die an Stelle des Vielerlei die Vertiefung setzt. Das vorliegende neue Lehrbuch wird, wie ich glaube, den Bedürfnissen entsprechen. Von einer Umbildung der Seminarien ist mir nichts bekannt; sie ist nicht möglich, bevor das Reich keine Richtlinien verkündet hat. Die Forderung des Abg. Dr. Kraus vertragen sich nicht mit der geforderten akademischen Ausbildung der Lehrer. Es ist nicht richtig, die jetzige Einstellung der Lehrer in die Gehaltsordnung als planmäßige Liebe zu bezeichnen. Was die Frage des Universitätsstudiums betrifft, so ist die pädagogische Akademie auf der Reichsschulkonferenz einstimmig abgelehnt worden. Dies würde ein Spezialhochstudium fördern, das heute abgelehnt wird, da man auf dem Standpunkt steht, das gesamte Hochschulstudium auf der Universität vor sich gehen zu lassen. Wenn die „entschiedenen Schulreformer“ stürmisch drängen, so braucht man deshalb noch nicht gleich nachzugeben. Denn nicht die Organisation macht es, sondern die Reform des Geistes. Auch für den Schulmann gilt: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Zurückweisen muß ich es, daß ich am Staatsstudium oder sonstwo jemand wegen seines praktischen Katholizismus zurückgesetzt hätte. Auf dem Standpunkt, daß man, wenn man das Karlsruher Theater unterstützt, auch das Freiburger Theater unterstützen muß, stehe ich nicht. Die Karlsruher Verhältnisse sind geschichtlich gegeben, wie dies auch beim heftigen Landesbühnen in Darmstadt der Fall ist. Das Theater kommt durch die Volkshäuser den weitesten Kreisen zugute und wir wollen den Kreis noch auf die weitere Umgebung ausdehnen. Wenn wir das Landesbühnen schließen, dann werden viele erlösens- und bratlos und zahlreiche Kinder müssen hungern. Aus guten Gründen sind wir dafür eingetreten, daß der Staat Mittel für die Geisteswissenschaften einstellt. Was die Reform der Geisteswissenschaften angeht, so ist die Frage der Lehramtsstellen im Ganzen. Der große Zugang zu den höheren Lehramtsstellen bedeutet weder einen Gewinn für die Lehramtsstellen noch für die Schüler. Der Erlaß zur Teilnahme von Schülern an Vereinen gibt zu Bedenken keinen Anlaß. Das Reichsmittel muß geschaffen, um der Kollage der Universitäten zu steuern. Das Reich hat hier einiges getan. Dies genügt jedoch nicht. Das Reich sollte weitere Mittel bereitstellen, die von den einzelnen Ländern ihren Universitäten zugestellt werden sollten. Wenn der badische Landtag noch weitere Mittel zur Verfügung stellt, so begrüße ich dies. Die Verlegung der Universitätsinstitute durch Arbeitsteilung zwischen den Universitäten läßt sich zum Teil nicht durchführen; dagegen kann man beim Weiterausbau je nach dem die eine oder andere Universität mehr ausbauen. Auch die internationalen Beziehungen der Universitäten haben sich, von der französischen Wissenschaft abgesehen, gehoben. Die Studentenschaft geht mit besonderem Eifer an die Arbeit; ihr Geist ist heute ein anderer als vor 2 und 1/2 Jahren. Der Gedanke der Zusammenarbeit im Staate und mit dem Volke ist im Wachsen. Wir tun das unsere, um der Kollage der Studentenschaft zu steuern. Ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß die Ausherrung auf der Freiburger Königsfeier in Freiburg so fiel, wie Abg. Dr. Kraus erzählte. Sie wäre auch nicht richtig, denn die Regierung hat es an Ehrungen der Wissenschaft nicht fehlen lassen. Ich bin jedoch bereit, über die verschiedenen Ausprägungen Feststellungen machen zu lassen. Im übrigen muß jedoch die Wissenschaft frei sein. Die Behauptung, daß ein sozialistischer Lehrer gemagtregelt worden sei, läßt sich nicht aufrechterhalten. Es ist uns ganz gleichgültig, welcher Partei der zu verlegenden Lehrer angehört. Im Hardheimer Schulfall konnte ich nichts anderes tun, als was gegeben ist. Der Schulfall ist sehr bemerklich und ich möchte daher davor warnen, das Mittel des Schulfalles so oft in die Debatte zu werfen. Der Fall Kunz-Föhrenthal ist vom Staatsministerium entschieden worden. Herr Kunz hat später um ein Jahr Urlaub, um kommunistischer Parteifunktionär zu werden. Ich verweigerte ihm den Urlaub. Herr Kunz trat seinen Dienst nicht an, weshalb er aus der Liste der Unterlehrer gestrichen wurde. Bei der Heidelberg-Ausweisung ist gemäß dem Disziplinarverfahren verfahren worden. Wir in Baden sind Gegner einer weiteren Erhöhung der Unterrichtsgebühren; die Ausländer haben wir viel stärker befristet als die Inländer. Auch auf dem Gebiete der Kunst haben wir uns erfolgreich betätigt. Die vorhandenen Schätze altdeutscher Kunst wird Baden zu einem Mittelpunkt der Kunst machen. Im übrigen werde ich weiter nach dem Grundsatz der Gewissensfreiheit und der Gleichberechtigung verfahren.

Abg. Frau Engel (Ztr.) vermischt in vielen Schulprogrammen die große Linie eines Erziehungsplanes und bespricht den Fall einer Lehrerinverletzung in Baden.

Minister Hummel will auf den Buchener Schulfall morgen eingehen, wobei er sich vielleicht in anderer Beleuchtung als durch die Korrespondenz zeigen werde.

Abg. Dr. Kraus (Soz.) erklärt in persönlicher Bemerkung, daß er in der Frage der Lehrerbildung sich nicht mit der Stellungnahme der pädagogischen Akademie identifiziert habe, wie er hierzu übermäßig nur seine persönliche Ansicht geäußert habe und bemerkt weiter, daß er in der politischen Stellungnahme zum Fall Kunz voll und ganz sich auf den Boden des Staatsministeriums stellte, daß jedoch bei den Freiburgerien gegen Kunz der Ortschulbehörde eine Rolle spielte.

Finanzminister Wähler legt den Entwurf einer Neuordnung des Besoldungsausschusses vor mit dem Bemerkung, daß das Staatsministerium den 1. Entwurf ausgearbeitet habe, der Entwurf selbst jedoch vom Staatsministerium beraten und genehmigt wurde.

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittags 14 Uhr, Tagesordnung: Unterrichtsdebatte.  
Schluß der Sitzung: 1.10 Uhr.



### Neue Unruhen im Eisenbahnpersonal

Man schreibt uns: Kaum ist etwas Entspannung im Kampfe um die Erhöhung der Feuerlochsgehälter eingetreten, und die damit eng verbundene Gefahr eines Streiks des gesamten deutschen Eisenbahnpersonals abgewendet, so rufen schon wieder unpolitische Köpfe wie der Präsident Schulz der badischen Eisenbahngeneraldirektion aufs neue Konflikte hervor, die sich unter Umständen zu folgeschweren Ereignissen auswachsen können, wenn nicht rechtzeitig eine befriedigende Lösung gesucht und gefunden wird.

Wie allgemein bekannt ist, wurde Mitte Januar im Bereich der Generaldirektion statt der ungeteilten die geteilte Arbeitszeit unter Wegfall des Achtstundentages eingeführt und gleichzeitig die bisherige Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert. Da diese Maßnahmen seitens der Eisenbahngeneraldirektion über die Köpfe der Organisationen, Betriebsräte und Dienststellenausschüsse hinweg getroffen wurde, sahen sich die letzteren veranlagt, in einer internen Besprechung Stellung zu der Sachlage zu nehmen, wobei von Oberrevisor Beck als dem Vertreter des deutschen Eisenbahnerverbandes vorgeschlagen wurde, an der ungeteilten bisherigen Arbeitsweise festzuhalten, weil sie eine Erziehung der Revolution darstelle. Diese Stellungnahme wurde dem genannten Beamten von seiner Behörde verübelt und eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Man hofft ihn aus dem geschützten Bereich eines Strids zu drehen und auf solche Weise einen längst unbenutzten Organisationsvertreter aus dem Wege zu räumen und hierdurch seine Befugnisse einzuschränken, damit die Reaktion umso freier schalten und walten kann.

Oberflächlich betrachtet, scheint die ganze Sache vielleicht keine allzu große Bedeutung zu haben; sie gewinnt diese aber sicher, sobald in Betracht gezogen wird, daß im Falle einer Maßregelung des betreffenden Beamten, wie sie von dessen Behörde angestrebt wird, künftig bei der gesamten Staatsarbeiter- und Beamtenorganisationen wie Dienststellenausschüsse mit Recht das Vertrauen vollständig eingebüßt haben würden. Außerdem würde sich jeder Beamte selbstverständlich in Zukunft sehr in acht nehmen, seine Meinung in einer Versammlung oder in einer Sitzung des Dienststellenausschusses überhaupt zu äußern, weil er ja Gefahr liefe, daß ihm hieraus Nachteile oder Ungelegenheiten erwachsen könnten. Allein, so weit ist es Gott sei dank noch nicht. Noch besitzen wir eine Verfassung des deutschen Reiches. Diese sichert in Artikel 118 jedem Deutschen das Recht der freien Meinungsäußerung zu und bestimmt, daß ihn an diesem Rechte kein Arbeits- und Anstellungsverhältnis hindern darf. Wie aber aus dem Angeführten ersichtlich ist, kümmert sich die Behörde nicht um die Verfassung und beweist im vorliegenden Falle durch ihre Handlungsweise, daß man selbst vor einem Verfassungsbruch nicht zurückerschrickt, wenn mißliebige Beamte dadurch laßt gestellt werden können.

Das erwähnte Vorkommnis wird ohne Zweifel von allen Organisationen, gleichviel welcher Richtung, sowie von den Betriebsräten und den Dienststellenausschüssen aufs Schärfste verurteilt.

Herr Staatsrat Schulz möge sich ja nicht im Unklaren darüber befinden, daß die beschriebene Maßregelung des Oberrevisors Beck einen besorgniserregenden Sturm innerhalb der Eisenbahnbeamten- und Arbeiterchaft auslösen, wie er ihn bis jetzt noch nicht erlebt hat. Vielleicht dürfte auch hier das Sprichwort zur Auswirkung kommen, daß Große und Kleine stolpern und zu Fall kommen können, was sicherlich in den Augen der Mehrzahl des Eisenbahnpersonals nicht als ein Unglück, sondern als ein großer Segen empfunden würde.

Die Reaktion arbeitet aber nicht nur mit so plumpen Mitteln, wie das vorliegende Schulbeispiel zeigt, sie versucht es auch auf hinterlistige Weise, aufrecht zu bleiben die ihr fürchtlos entgegentreten, mundtot zu machen, indem sie gegen diese alle möglichen Schikanen anwendet, um sie müde und gefügig zu machen. Es wird daher nicht nur nötig sein, gegen offene Reaktionen, die Verrat an der Verfassung üben, sondern auch gegen alle Elemente, die der Reaktion als willfähriges Instrument dienen, den Kampf bis zum äußersten aufzunehmen. Diese Epitelen mögen sich vor allen Dingen ein gewisser weiser Beamter der Eisenbahngeneraldirektion samt seinen Gehäpfelein merken, damit nicht eines Tages der Spieß umgedreht wird und das Geschloß sie selbst trifft.

Offener und unerschämter als je hebt die Reaktion gegenwärtig ihr Haupt und bringt Dinge zur Reife, die der Verfassung, der Republik und Freiheit des Volkes den Todesstoß versetzen wollen. Nicht rasch, sondern bedächtig, aber dafür um so sicherer und mit ausgeklügelter Grausamkeit versucht man der jungen Republik ein Glied nach dem andern abzugeben, bis sie schließlich von selbst verblutet. Arbeiter und Beamte! Seid daher auf der Hut und verteidigt die mühsam errungenen Rechte!

### Aus dem Lande

\* Forstheim, 2. Febr. In der letzten Zeit kamen verschiedene Silberdiebstähle hier vor. Aus einer hiesigen Fabrik wurden drei Rollen Neufilberdrat im Gewichte von 9 Kilogramm entwendet und in einer andern Fabrik ein halbes Kilogramm Silberkugelnabfälle in verschiedener Größe im Feingehalt von 800/1000.

\* Schweiningen, 2. Febr. Hier wurden zwei Buchsen beschlagnahmt, die auf den Feldern durch Obstbäume ausgegraben und verkauft.

\* Heidelberg, 2. Febr. Der Schlosser Wilhelm Koh, ein gefährlicher Einbrecher, ist aus seiner hochgelegenen Zelle im Amtsgefängnis ausgebrochen und entflohen.

\* Oberdörfelheim b. Offenburg, 1. Febr. Ein geriebener Schwindel ist hier verübt worden. Ein elegant gekleideter junger Mann erschien in einer hiesigen Wirtschaft, ließ sich gut und reichlich bedienen und gab an, er wolle eine größere Menge Brantwein bei den Landwirten aufkaufen. Er ließ einen Küfer kommen und schloß auch einige Käufe ab. Am Tag darauf ließ er sich von der Wirtin eine große Flasche, um ein besonders gutes Kirchwasser selbst abzuholen, kam dann mit voller Flasche zurück, siegelte sie und gab sie der Wirtin zur Aufbewahrung. Seinem Wunsche entsprechend ließ ihm die Wirtin einen größeren Betrag, mit dem er in Oberdörfelheim noch einige Einkäufe machen wollte. Der Schwindler kehrte aber nicht mehr zurück und als man die Flasche öffnete, enthielt sie Wasser. In Oberdörfelheim verübte er den gleichen Schwindel und verschwand dann mit einem geliehenen Fahrrad.

\* Weinheim, 2. Febr. In der Nacht auf Sonntag wurde aus dem Laderbau der Firma Freudenberg ein größerer Kostenheber — wie verlautet für circa 100 000 M. — gestohlen.

\* Kleine Mitteilungen. In Ostingen wurde Hauptlehrer Adolf Kahfer wegen Eitelkeitsvergehens in der Schule verhaftet. Wie die „Marzgräber Nachrichten“ melden erregt der äußerst standalöse Fall mit seinen zahlreichen grauenhaften Einzelheiten das größte Aufsehen hier und in der Umgebung. — Die Gemeinde Seelbach weiht für den Bau einiger Wohnungen 350 000 M. auf.

### Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise und die Wiedergutmachungsfrage

In außerordentlich großer Zahl hatten sich Mittwoch abend die Genossen und Genossinnen zu der im „C...“ stattgefundenen Parteiversammlung eingefunden; bis zum letzten Platz war der Saal besetzt. Dieser Besuch ist wohl das beste Zeichen dafür, wie sehr auch in der Arbeiterchaft die Wichtigkeit und Bedeutung der neuesten Beschlüsse der Pariser Konferenz erkannt worden ist. Als Redner war unser Genosse Abg. Dr. Kraus (Heidelberg) erschienen, der in außerordentlich klarer und fesselnder Weise all die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge darlegte und mit feinen Ausführungen die gespannteste Aufmerksamkeit der zahlreichen Zuhörer fand. Nach kurzen einleitenden Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden Gen. Schwert führte Gen. Dr. Kraus etwa folgendes aus:

Die Wiedergutmachungsfrage ist die fundamentale Frage für Deutschlands Zukunft der nächsten Jahre. Von der Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Frage hängt sehr viel für die inner- wie die außenpolitische Entwicklung Deutschlands ab. Die Voraussetzungen zur Wiedergutmachung sind im Versailler Vertrag niedergelegt; diese Voraussetzungen beruhen auf der deutschen Schuld am Kriege. Der Beweis wird sich aber niemals erbringen lassen, daß Deutschland nur schuld am Kriege ist. Nach dem Versailler Vertrag ist Deutschland verpflichtet, alle Schäden zu ersetzen, die es durch den Krieg zu Lande, Wasser und Luft verursacht hat. In einer Anlage zum Vertrag sind aber Verpflichtungen festgelegt, die Deutschland nach den 14 Punkten Wilsons nicht zu leisten hätte, so die Pensionen, Invaliden-, Krankenunterstützungen usw., im ganzen alle militärischen und zivilen Auslagen, die die Alliierten während des Krieges gehabt haben, das wären im ganzen nach der Berechnung von Keynes etwa 140 Milliarden Goldmark. Der Wiedergutmachungsummission ist absolute Freiheit in allen ihren Entschlüssen gegeben worden, sie ist an kein Gesetz oder Völkerrecht gebunden, sie kann mit Deutschland machen was sie will.

Die Gesamtwiedergutmachung besteht in der Geldleistung und in der Schlichtung, so der Ablieferung der Handelsflotte, Ablieferung von Kohlen, Tieren, Maschinen usw. zum Teil gratis, zum Teil bezahlt; bezahlt einmal nach dem deutschen Inlandspreise und dann auch als Anrechnung auf das Konto der Wiedergutmachungssumme — die aber nicht bestimmt ist, die im Friedensvertrage nicht festgelegt ist. Trotzdem wir schon für viele Milliarden abgeliefert haben, verlangt man demnach die 243 Milliarden und dazu noch die Ausfuhrbestimmung. Ein Schweizer Blatt hat die Gesamtsumme auf 3 1/2 Billionen Mark nach dem heutigen Wert berechnet. Der Vertrag von Versailler war auch ein Gewaltvertrag, aber dort waren die Entschädigungssummen genau festgelegt. Deutschland hätte da nichts mehr ändern können, auch wenn es Sieger geblieben wäre.

Im Friedensvertrage wurde die Summe von 40 Millionen Tonnen Kohlen zu liefern festgelegt, die auf 20 Millionen herabgesetzt wurden, und dann in Spa erneut bestimmt wurden. Das Spaer Abkommen bedeutete einen Fortschritt; es wurden 24 Millionen Tonnen festgelegt und außerdem eine Prämie für die Tonne gelieferte Kohle. Aber wir hatten dann wieder fast genau so viel an Vorkriegsschulden an England zu zahlen, als wir hier an Vorkriegs erhielten. Im einzelnen bespricht Gen. Dr. Kraus nun die einzelnen Punkte der neuen Forderungen und deren finanzielle Folgen. Seit Abschluß des Friedensvertrages haben zehn Konferenzen stattgefunden, die sich alle mit der Wiedergutmachung beschäftigten, und es wurde ein gewisser Plan für annehmbar erklärt. Man setzte für die nächsten Jahre eine bestimmte Zahlungspflicht fest, die aber nicht in bar zu leisten gewesen wäre; von der Gesamtsumme wurde abgesehen, Hauptwert wurde auf die Warenleistungen gelegt. In Paris wurde aber dieser Plan fallen gelassen, es wurde der alte Plan der Festlegung der Gesamtsumme aufgenommen und auch auf der Pariser Konferenz angenommen. Diese Bedingungen von Paris gehen über den Friedensvertrag hinaus, einmal, indem die Zahlung auf 42 Jahre und nicht auf 30 Jahre festgelegt ist, und dann, weil durch Exportzoll eine Kontrolle der deutschen Wirtschaft festgelegt ist, was auch über den Friedensvertrag hinausgeht. Als der Krieg zu Ende war, herrschte ein riesiger Warenbedarf bei allen Völkern und eine riesige Produktion bei den siegreichen Ländern, ein Warenexport bei den besiegten Ländern infolge der fehlenden Wälua. Seitdem hat sich die Situation völlig verändert. Der Export hörte bei uns und bei den andern auf. Auf der einen Seite rufen die Völker nach Ware und auf der andern hört die Produktion auf; es herrscht eine ungeheure Arbeitslosigkeit. Auf die Preisstütze folgte die Stilllegung der Produktion, denn wie der Betrieb eingeschränkt wird, steigen die Preise. In England müssen die gefüllten Warenlager untrüben großen Verlusten geräumt werden. Banken und Betriebe brechen zusammen. Eine Aenderung könnte hier nur die sozialistische Umstellung der Wirtschaft bringen, was aber in den Ententeländern zurzeit ausgeschlossen ist.

Warum hat man in Paris diese Beschlüsse gefaßt? Einmal ist es eine gewisse Machtpolitik Frankreichs, dann der große Konkurrenzgegensatz, der sich zwischen Frankreich und England aufzutun beginnt. Frankreich beginnt sich mit den billig bekommenen Erzeugnissen Vorkriegens und der deutschen Kohle eine Schwerindustrie aufzubauen. Seine Interessen stehen nun denen Englands gegenüber. England muß den deutschen Export unterbinden und die Konkurrenz Frankreichs abwehren. Ein wirkliches Auseinandergehen der Gegenstände fand in Paris nicht statt, die Völker werden auf einige Wochen wieder getäuscht. Die französische Vorkriegsproduktion beruht zunächst auf den Bedürfnissen des französischen Staatshaushalts. England hat ein Interesse daran, den deutschen Export einzuschränken, denn je mehr Deutschland exportiert, desto weniger kann es England. Und daher die Bestimmung des Exportzolls. Aber schon werden auch Stimmen im Ausland gegen die Forderungen laut, so von Amerika, und aus dem neutralen Ausland, die sich gegen die Wiedereinführung der Kriegszollpflicht, wie sie gegenüber Deutschland herrscht, wenden. Die Gegnerchaft wird wachsen, wenn der einzige Gedanke sich durchdringt, daß alle von einander abhängig sind, daß alle zu Grunde gehen, wenn der eine zu Grunde geht.

Wie steht es nun mit der deutschen Leistungsfähigkeit? In Gold und Silber ist nicht mehr viel da. Der Schiffswert, den wir abgeliefert, beträgt 23 Milliarden, das Auslandskapital etwa 20—30 Milliarden, die aber größtenteils schon früher liquidiert wurden. Des weiteren wäre der Wert des abgetretenen deutschen Eigentums im Werte von etwa 5—6 Milliarden. Alles in allem höchstens 6,8—8,8 Milliarden. Was heißt, wir sollen jährlich so und so viel Milliarden zahlen. Es kann nur mit Waren zahlen, mit dem Exportüberschuß. Wie sollen wir aber den Export forcieren können, wenn die Gegner den Export gar nicht wollen können, da er ihren Interessen zuwiderläuft. Wo soll jetzt ein Ueberfluß herkommen wo wir unsere ganzen wirtschaftlichen Voraussetzungen der Vorkriegszeit verloren haben? Kolonien, Schiffe, Auslandskapital und Arbeitskraft sind auch verloren. Wir mühen nicht nur die Unterbilanz von 8 Milliarden auszugleichen, sondern diese aktive Bilanz so stetig, daß wir nicht nur die Einfuhr zahlen, sondern darüber auch noch einen Ueberfluß von 40—60 Milliarden erzielen. Mehr als die Hälfte der deutschen Ausfuhr ging vor dem Kriege an die Ententeländer. Nach erfolgter Wiedergutmachung können wir im ganzen höchstens 40—42 Milliarden leisten.

Wie glücklich könnte die Welt heute sein, wenn der Sozialismus durchgeführt wäre! Aber leider besteht keine Aussicht darauf, daß in den nächsten Jahren die Vernunft über die Unerntung siegen wird. Die nächsten Wochen und Monate werden eine Verelendung, eine Krise bringen, wie wir sie noch nie erlebt. Es gibt nur eins: Alle diejenigen Völker in Deutschland, die auf dem Boden des positiven Wiederanbaus stehen mühten sich heute zu einer nationalen Einheitsfront zusammenzuschließen; sie mühten sich auf den einen nächsten Boden stellen und sagen, die Forderungen sind nicht sinnvoll, das deutsche Proletariat lehnt sie ab. Wenn die Entente herrschen sehen, daß das deutsche Proletariat sich die Forderungen nicht gefallen lassen wird, dann werden sie mit sich rechnen lassen. Man kann Keger und Maroffaner schicken, kann dem Deutschland beschreiben; aber damit wird die Produktion nicht gehoben. Man muß das Volk von dem man Entschädigung will, frei leben lassen. Wir lehnen nicht die Wiedergutmachung ab, wir leisten, wozu wir uns verpflichtet haben, in vernünftigen Grenzen. Die Arbeiterchaft ist am schlimmsten daran, wenn die Volkswirtschaft zusammenbricht. Wir lehnen es ab, die deutsche Arbeiterchaft unter die machtpolitische Kontrolle der Entente zu stellen. Entweder treten wir hinter die Forderungen oder man schafft ein Konzentrationskabinett, das den Ausland geschlossen gegenüber treten kann. Nicht nur Wegmann und Habenstein sollen dem Auslande unsere Lage schildern, sondern auch die Hue und Leipart als Vertreter des deutschen Arbeiterchaft.

Mit starkem Beifall dankte die Versammlung dem Gen. Dr. Kraus für seine Darlegungen. — Da es dem Genossen Schöpslin nicht möglich war, in der Versammlung zu erscheinen, so mußte dessen angefertigter Vortrag ausfallen; es konnte gleich in die Aussprache eingetreten werden. Es beteiligten sich hieran die Genossen Prof. Hoffmann, Runge und Hoffmann, die Ausführungen des Gen. Dr. Kraus in einzelnen Punkten noch ergänzten und unterstrichen, im ganzen aber sich mit der Auffassung des Gen. Dr. Kraus einverstanden erklärten. In seinem Schlußwort unterstrich Gen. Dr. Kraus nochmals seine Darlegungen. Besonders hob er hervor, wie unrichtig die Behauptung ist, der deutsche Kapitalismus sei allein schuld am Kriege gewesen. Des weiteren betonte er, daß er es für den größten Unfug halten würde, wenn unsere Partei, leicht mit den Unabhängigen zusammen, zur Freude der Gegner, eine rein sozialistische Regierung bilden würde. Die Versammlung stimmte dieser Auffassung zu, wie auch der Erklärung des Gen. Dr. Kraus, daß unsere Partei sich bereit erklärt, die Auslieferung durch den deutschen Kapitalisten zu übernehmen, die Auslieferung durch den Kapitalisten der Entente. Und dieser Gefahr gegenüber gelte es, einen nationalen Einheitsblock zu bilden. — Auch diese Schlußausführungen fanden wiederum die lebhafteste Zustimmung der Versammlung.

### Aus der Stadt

\* Karlsruhe, 3. Februar.

#### Geschichtskalender

3. Februar. 1871 † Der ungar. Schriftsteller J. v. Csökö in Budapest. — 1918 Internationale Sozialistenkonferenz in Bern. — 1920 Die Entente überreicht die Auslieferungsliste.

#### Karlsruher Parteinachrichten

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Jeden Freitag von 7 1/2—10 Uhr Bücherausgabe in der Volkshaus-Handlung, Adlerstraße 16. Parteigenossen und Genossinnen, macht von unserer reichhaltigen Bibliothek regen Gebrauch, erweitert euer Wissen, denn Wissen ist Macht!

#### Die Rechnung von Paris

Die starken Männer mit den großen Schulden, in denen es in Deutschland nie gebracht. Sie fliegen jetzt im Hinblick auf die Plagen und lassen uns allein in Not und Schmach. Hier ist es nichts mit ihren Donnerwetter und ihres Nachgefühls gerühmter Macht. Das Wüten mit rhetorischem Zerhackern wird in der Welt und selbst von uns verachtet. Hier ist es nichts mit ihren Donnerwetter und ihres Nachgefühls gerühmter Macht. Das Wüten mit rhetorischem Zerhackern wird in der Welt und selbst von uns verachtet.

Das Volk zu reißen aus des Feindes Klauen, Der ihm das Mark aus seinen Knochen frißt. Ist nicht so leicht, wie auf den Tisch zu hauen Und anzutumpfen, wenn man härter ist. Ein nutzlos Fronen wird das Volk ermahnen, Wir werden nie mehr unerses Daseins froh, Dann werden die so große Haufen hatten Auf Abstellplätzen — und auch sonst noch wo.

Ferdinand Madlinger.

#### Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Einkommens

Erlass der Steuer für die Monate April—Juni 1920. — In der letzten Kartellversammlung wurde die Kommission beauftragt, bei den maßgebenden Stellen dahingehend zu wirken, daß das steuerfreie Einkommen von 1500 M. auf 3000 M. erhöht und die nach den bis jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen zum Einzug gelangende Steuer für die Monate April bis Juni erlassen werden soll. D diesem Beschlusse ist jetzt insofern seitens des Gewerkschaftsartikels nachgekommen, als eine dahingehende Petition an den Landtag zur Unterstützung beim Reichsfinanzministerium abgegeben ist. — In dieser Petition wird des Weiteren verlangt, daß es überhaupt mit dem 10%igen Lohn- und Gehaltsabzug sein Verwendung haben solle und keine Nachveranlagung für die Monate ab Juli stattfindet. Es hat sich gezeigt, daß unter dem jetzigen System des Steuerabzugs die breite Masse der Bevölkerung mit niedrigen Einkommen am schwersten getroffen wird. Darum ist es Pflicht der Volksvertretung, solchen weitere Beunruhigungen vermeiden werden, sobald wie möglich die gesetzlichen Bestimmungen über den Steuerabzug im Sinne der Petition der Gewerkschaften ändern.

#### Unter Abend der Arbeiter-Jugend

Der Verein Arbeiter-Jugend lädt seine Mitglieder, Eltern, die Parteigenossen und Genossinnen zu seinem Sonntagabend 7 1/2 Uhr im Restaurant Piegler, Baumeisterstraße, stattfindenden bunten Abend ein. Das Programm bringt reiche und gute Unterhaltung, es wird ausschließlich von jugendlichen bestritten. Musikalische, deklamatorische und literarische Darbietungen werden miteinander abwechselnd; vor allem wird auch der Humor zu seinem Rechte kommen. Der Eintrittspreis beträgt 1,15 M. Wir eruchen die Parteigenossen und Parteigenossinnen um recht zahlreiche Teilnahme an dieser Veranstaltung unserer Jugend.

Seite 4  
Beitrag  
der Welt  
heute sein  
wenn der  
Sozialismus  
durchgeführt  
wäre!  
Aber leider  
besteht keine  
Aussicht  
darauf, daß  
in den  
nächsten  
Jahren die  
Vernunft  
über die  
Unerntung  
siegen wird.  
Die nächsten  
Wochen und  
Monate  
werden eine  
Verelendung,  
eine Krise  
bringen, wie  
wir sie  
noch nie  
erlebt.  
Es gibt nur  
eins: Alle  
diejenigen  
Völker in  
Deutschland,  
die auf dem  
Boden des  
positiven  
Wiederanbaus  
stehen mühten  
sich heute  
zu einer  
nationalen  
Einheitsfront  
zusammenzuschließen;  
sie mühten  
sich auf den  
einen nächsten  
Boden stellen  
und sagen,  
die Forderungen  
sind nicht  
sinnvoll,  
das deutsche  
Proletariat  
lehnt sie ab.  
Wenn die  
Entente  
herrschen  
sehen, daß  
das deutsche  
Proletariat  
sich die  
Forderungen  
nicht gefallen  
lassen wird,  
dann werden  
sie mit sich  
rechnen  
lassen.  
Man kann  
Keger und  
Maroffaner  
schicken,  
kann dem  
Deutschland  
beschreiben;  
aber damit  
wird die  
Produktion  
nicht  
gehoben.  
Man muß  
das Volk  
von dem man  
Entschädigung  
will, frei  
leben lassen.  
Wir lehnen  
nicht die  
Wiedergutmachung  
ab, wir  
leisten,  
wozu wir  
uns verpflichtet  
haben, in  
vernünftigen  
Grenzen.  
Die Arbeiterchaft  
ist am  
schlimmsten  
daran,  
wenn die  
Volkswirtschaft  
zusammenbricht.  
Wir lehnen  
es ab,  
die deutsche  
Arbeiterchaft  
unter die  
machtpolitische  
Kontrolle  
der Entente  
zu stellen.  
Entweder  
treten wir  
hinter die  
Forderungen  
oder man  
schafft ein  
Konzentrationskabinett,  
das den  
Ausland  
geschlossen  
gegenüber  
treten kann.  
Nicht nur  
Wegmann  
und Habenstein  
sollen dem  
Auslande  
unsere Lage  
schildern,  
sondern  
auch die  
Hue und  
Leipart  
als  
Vertreter  
des  
deutschen  
Arbeiterchaft.







**Pfannkuch**

Bester grober  
**Bruchreis**  
Pfund  
Kart **2.—**

Vollreis  
gut kochend  
Pfd. **2.50**  
und  
Pfd. **3.—**

**Valencia-Cafelreis**  
Pfund  
Kart **4.—**

**Haferslocken**  
Pfund  
Kart **3.—**

**Grüb**  
weiß  
Pfd. **3.50**  
vollständig  
Pfund  
Kart **3.—**

**Suppen-gerste**  
Pfd. **2.60**

**Pfannkuch**

**Baubund-Möbel**

Verkauf gegen Zeitzahlung

Schlaf-Zimmer  
in solider Ausführung den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepaßt

Verkauf gegen Barzahlung bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

**Bad. Baubund G. m. b. H.**

Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22  
Eckhaus Rindelslag, Fernsprecher 5167  
Tägl. geöffnet. vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr

**Ausstellung**  
zur Bekämpfung der **GESCHLECHTS-KRANKHEITEN**  
verlängert  
bis einschließlich 13. Febr.

**Karlsruhe, Städt. Ausstellungshalle**

Täglich 10-Frauen und Männer von 10-7 Uhr geöffnet.  
Ärztliche Führung Werktags 10-6 Uhr, Sonn. ab 11 Uhr.  
Freitags nur für weibliche Besucher.  
Sonderführungen jugendlicher von 16-18 Jahren: am Freitag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr für junge Mädchen, am Samstag, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr für junge Männer.  
Ab 7. Febr. bis 12. Febr. gelten für alle Mitglieder von Vereinen, Korporationen u. Angestellte der Großfirmen ermäßigte Eintrittspreise. Vorzugskarten können von der Ausstellungsleitung bezogen werden.

**Pfannkuch**

**Teigwaren**

Spaghetti  
Pfd. **9.50**

Hörnle  
Pfd. **9.50**

Suppen-Einlagen  
Pfd. **9.50**

Brette  
**Nudeln**  
Pfd. **8.50**

Milchobst  
Pfund **4.—**

Apfelsobnis  
Pfund **4.—**

Birnsobnis  
Pfund **4.—**

Zweifschgen  
Pfund **5.—**

**Chfeigen**  
Pfund **6.—**

**Pfannkuch**

Neu eröffnet und renoviert

**Spanische Weinstube zur Loreley**

Amalienstraße 46 Telefon 3274 Am Kaiserplatz

Garantiert reine spanische Herb- u. Süßweine

Gute Küche • Eigene Schlachtung  
Freitag und Samstag Schlacht-Fest  
Sonntag Fröhshoppen mit Fasteküche

**Die Naturfreunde**  
Ersgr. Karlsruhe (e. V.)

Montag, 7. Februar,  
**Humorist. Abend**

in sämtl. vor 16 Jahren frisch geweihten Sälen der „Gambirushalle“.  
Mitwirkende sämtl. Karle und Angestellte des Vereins.  
Die gute Laune ist durch abnorme Kopsbedeckung zu kennzeichnen. 2005 Kinder hat. keinen Zutritt.

**1 bis 2 Lehrlinge**

suchen in unserem Betrieb sofort oder später Aufnahme. Anhängige, ehrbare junge Leute, welche Lust haben, diesen anspruchsvollen, gesunden und angenehmen Beruf zu erlernen, werden und sich auf dem Gebiet des gesamten Reinigungswesens auszubilden wollen, wollen sich bei dem unterzeichneten Institut melden. Während der Lehrzeit Gewerbebeschäftigung.

**Süddeutsches Reinigungs-Institut**  
Karlsruhe, Kaiserstraße 34a. 2463

**Preisabbau!**

**FLAMMEN-SEIFE**  
ist billiger geworden

und ist heute dank ihrer verblüffenden Wasch-Kraft und ihres billigen Preises die **beste u. billigste Seife** für Wäsche und Haus!

Preis Mk. 4,- das Stück

Von einem allgemeinen Verbot von Faschingsveranstaltungen ist für das Jahr 1921 abgesehen worden. Zum Schutze des Publikums sowie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit werden zur Fastnacht 1921 aufgrund der §§ 30, 59 Pol.-Str.-Ges. nach folgende Anordnungen getroffen:

1. Umzüge, insbesondere von Karnevalsgeellschaften und Vereinen sind verboten.
2. Am Fastnacht-Sonntag, Montag und Dienstag ist das Tragen von Gesichtsmasken auf öffentlichen Straßen, Plätzen und in öffentlichen Wirtschaften allgemein ohne Unterschied des Alters verboten. Ferner ist verboten, das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit zu bemalen oder zu vermalen.
3. Maskenbettel auf den Straßen, in den Wirtschaften und Kneipen ist verboten.
4. Beschäftigungen der Passanten, insbesondere der Frauen, haben zu unterbleiben. Masken, welche Ausschreitungen begehren, insbesondere sich unanständig gegen Frauen benehmen, oder sonst gegen die gute Sitte verstoßen, werden durch die Schutzmannschaft nach den Polizeivorschriften abgeführt und zum Ablegen des Maskenanzuges angehalten.
5. Das Abreißen von Feuerwerkskörpern, das Werfen von Konfetti und von Knallerbsen auf öffentlichen Straßen, Plätzen und in Wirtschaften ist verboten.
6. In Wirtschaften ist das Behängen der Beleuchtungskörper mit Papiergirlanden (Papier-schlangen) und das Werfen von solchen verboten.
7. Das Behängen der Quers- und Stromleitungsdrähte der elektrischen Straßenbahn mit Papiergirlanden und dergleichen Gegenständen ist verboten.
8. Musikgesellschaften, welche auf den Straßen herum- oder von Wirtschaft zu Wirtschaft gehen und für die Musikdarbietungen Geld einsammeln, oder auf andere Weise — so durch Verkauf von Programmen und Liedertexten — ein Entgelt erhalten, bedürfen einer Erlaubnis des Bezirksamts — Polizeidirektion — gemäß § 33 Gewerbeordnung. Diese Erlaubnis wird nur für Fastnachtssonntag und Fastnachtabend mit der Beschränkung erteilt werden, daß das Musizieren auf den Straßen um 9 Uhr, in den Wirtschaften um 11 Uhr einzustellen ist. Der schriftliche Bescheid ist mitzuführen, wenn Beanstandungen bei der Kontrolle durch die Schutzmannschaft vermieden werden sollen. Die Verteiler von Programmen und sonstigen Druckschriften bedürfen außerdem des in § 43 Gewerbeordnung vorgeschriebenen Legitimationscheins.

Für die vorstehenden Anordnungen nicht betroffen sind nach den einschlägigen Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches und der Straßenpolizeiordnung empfindlich bestraft werden, und zwar mit Geldstrafe nicht unter hundert Mark. Bei (offenen oder verschleierte) Bettel wird unter allen Umständen Haftstrafe verhängt werden. Die Beamten der Polizei sind beauftragt, Zuwiderhandelnde nicht nur anzuzeigen, sondern auch zur Feste und nächstenfalls in den Rotarrest zu verbringen. Unanständige und betrunkene Masken werden von den Straßen und öffentlichen Plätzen unmissverständlich entfernt werden. Mit besonderem Nachdruck verweisen wir auf die strafrechtlichen Folgen eines Widerstandes: Gefängnis bis zu zwei Jahren.

Karlsruhe, den 1. Februar 1921.  
Bezirksamt — Polizeidirektion.

**Badisches Landestheater.** 286  
Donnerstag, den 3. Februar, 7-9 Uhr, A. 14.40  
**Zwangseinquartierung.**

**Für jede Hausfrau!**  
Wer an **gewebte Strumpflängen** *in dellen die Füße angewebt* haben will, bringe solche in die Maschnen-strickerei  
**L. Engelhard, Gartenstr. 11, Hth. III.**

**Spezial-Geschäft**  
sämtlicher Artikel der  
**Herrn- und Damen-Schneiderei**  
**Futter-Stoffe**  
Große Auswahl in den neuesten  
**Knöpfen — Spangen**  
Näh- und Knopfloch-Selben,  
Kleiderbügel für Damen- u. Herren-  
Garderobe.

**Carl Philippson Nachf.**  
Inhaber: Max Quicker  
Kaiser-Wilhelm-Halle 33/35, Ecke Akademiestraße. — Telefon 2164. 287

**Samstag, 5. Februar,**  
abends 8 Uhr, im großen Saale des  
Kulabaus, Hochschule Englerstraße.

**Oeffentlicher Vortrag**  
von Fr. Dr. E. v. Heidebrand, Lehrerin an der  
freien Waldorfschule in Stuttgart über:  
**Pädagogische Praxis im Sinne der anthropo-  
sophisch-orientierten Geisteswissenschaft.**  
— Anschließend Fragebeantwortung. — 288  
Veranstalter: **Bund für Dreigliederung des sozialen  
Organismus** (Ordnungsgruppe Karlsruhe) und  
**Bund für anthroposophische Hochschularbeit**  
zur Vertretung der Antiken: Eintragskarte an  
1.50 Mk. einfr. Steuer an der Abendkasse und im  
Vorverkauf bei J. E. in d. Buchhandlung.

**Gesangverein Freundschaft**  
Fastnacht-Dienstag  
in der „Eintracht“  
**Kostüm-Ball**  
Eintrittskarten für Mitglieder 3 Mark,  
für Nichtmitglieder Herren 3 Mark, Damen  
5 Mark inkl. Tanz und Steuer sind erhältlich bei den  
Herren Gerts, Morient, 15, Müller, Waldstr. 24,  
und an der Abendkasse in der Eintracht. Masken  
und unanständig kostümierte haben keinen Zutritt.  
Am Ballsaal Klausberber. Närrische Kopfbedeckung  
obligatorisch und am Saaleingang erhältlich. Kinder  
unter 16 Jahren werden nicht zugelassen. 2814  
Saalöffnung 1/2 7 Uhr. — Anfang 7 Uhr.

Für Beachtung laden wir auf sofort zuvert.  
**Zeitungsträger(in)**  
Belehrer wollen sich bei Herrn  
G. Hering, Heilerstraße 4, melden.  
**Verlag des Volksfreund.**

**Konfirm.-Anzüge**  
einige schöne Herren-An-  
züge, selbstgezeichnet und ge-  
dient, antich. Gebroch-  
Anzüge, elegant. Samt-  
Kostüm, braun, Gr. 42,  
verschied. Damen-Bellei-  
dungsstücke und verschied.  
Schuhwaren bill. abzug.  
Eisenweinststraße 32 II,  
bei Agetrad. 2465

**Gesangverein „Gleichheit“**  
Samstag, den 5. Februar, abends  
8 Uhr, findet im Kröllballsaal der  
„Alten Brauerei“ statt, Kaiserstr. 13  
**humorist. Kappenaabend**  
mit Tanz. Kappe obligatorisch.  
Hierzu laden wir unsere Mitglieder  
sowie Freunde des Vereins ergebenst ein.  
2496 Der Vorstand.

**Freie Turnerschaft Hohenwettersbad.**  
Donnerstag, 6. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, in der „Hochburg“  
**Großer Maskenball**  
wozu wir unsere Mitglieder sowie  
Freunde und Bekannte unseres Vereins  
herzlich einladen. Eintrittskarten  
für Mitglieder 3 Mk., Nichtmitglieder  
5 Mk., Damen 2 Mk. im Vorverkauf  
erhältlich bei Vorhand Karl Jäger.  
Kopfbedeckung obligatorisch und am  
Saaleingang erhältlich. 2507  
Der Vorstand.

**Unsere Leser und Leserinnen**  
werden gebeten, bei Ihren  
Einkäufen in erster Linie  
sich auf die Inserate  
unseres Blattes zu berufen  
und zu berücksichtigen die

**Inserenten des Volksfreund**

**Durlacher Anzeiger.**  
**Sänger-Bund Vorwärts**  
**Durlach.**  
Am Samstag, den 5. Februar,  
abends punkt 7 Uhr, findet in den  
frühgeöffneten Sälen „Zum Lamm“  
**humoristischer**  
**Kappena-Abend**  
mit Tanz

**Konsumverein für Durlach u. Um-  
gebung**  
**Kainit (Küster)**  
trifft am kommenden Freitag ein und kommt  
3/4 Uhr vormittags ab am Güterbahnhof  
Abende. 2513 Der Vorstand.